

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Maßnahmen zur Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte**

Zur Bekämpfung der weltweiten Finanzmarktkrise mit ihren gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung hat die internationale Gemeinschaft erste weitreichende und abgestimmte Maßnahmen ergriffen. Auch die Bundesregierung hat u. a. mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und zwei Konjunkturprogrammen dazu beigetragen, die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Folgen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft abzumildern.

Weitere umfangreiche Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung der Ursachen der Krisen und zur Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte befinden sich derzeit im Bund und in der EU im Beratungsprozess. Dazu gehören Vorhaben zur Neuordnung der Finanzmärkte mit verbesserter Finanzaufsicht, Stärkung der Verbraucherrechte bei Finanzprodukten sowie verbesserte Haftungs- und Aufsichtsregeln für Manager und Managerinnen. Neben diesen Vorhaben zur Stabilisierung der Märkte und Bekämpfung der Ursachen der Krise sind aber auch Instrumente zur gerechten Verteilung der finanziellen Lasten aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei den anstehenden Beratungen von Gesetzesentwürfen im Bundesrat und auch auf allen weiteren Ebenen für nachfolgende Positionen einzusetzen:

Reform der Finanzmarktaufsicht

Für eine wirkungsvollere Finanzmarktaufsicht in Deutschland sind eine verbesserte Ausstattung der Aufsichtsbehörde, eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesbank und eine Stärkung ihrer Eingriffsrechte erforderlich.

Eine Begrenzung des Insolvenzrisikos bei Finanzinstituten ist über eine höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge bei Finanzinstituten durch den Ausbau der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften sowie durch eine Verstärkung der Eigenkapitalanforderungen erzielbar. Strengere Bilanzierungspflichten sind notwendig, Finanzgeschäfte dürfen künftig nicht in sogenannten „Zweckgesellschaften“ ausgewiesen werden. Ein prozentualer Selbstbehalt der Finanzinstitute bei der Verbriefung von Wertpapieren soll für zusätzliche Stabilität sorgen. Ein Verbot von sogenannten Leerverkäufen soll spekulative Umsätze begrenzen. Ratingagenturen müssen überwacht und zu Transparenz verpflichtet werden. In allen Fragen sind europäische Regelungen notwendig, die mittelfristig durch eine gemeinsame europäische Finanzaufsicht überwacht werden müssen.

Verbraucherrechte stärken

Finanzprodukte müssen unabhängig auf Transparenz und Risikodarstellung geprüft und zugelassen werden („Finanz-TÜV“). Zur besseren Beratung der Verbraucher und Verbraucherinnen ist eine klare, wahre und verständliche Risikoauszeichnung von Finanzprodukten, die transparente Offenlegung aller Produktkosten und Vermittlungsprovision erforderlich, unterstützt z. B. durch „Finanzmarktwächter“ der Verbraucherverbände; die Schadenersatzansprüche wegen Falschberatung sind auszuweiten.

Gerechte Lastenverteilung

Zur gerechten Verteilung der finanziellen Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und um spekulative Exzesse auf den Finanzmärkten einzudämmen, ist die Einführung einer Finanztransaktionsteuer erforderlich. Eine solche Steuer sollte EU-weit eingeführt werden.

Gegenleistungen für staatliche Hilfen

Ist es aus volkswirtschaftlichen Gründen unumgänglich, dass sich der Staat an einem gefährdeten systemwichtigen Finanzinstitut beteiligt, dann ist sicherzustellen, dass die damit verbundenen Gegenleistungen (u. a. Einfluss auf die Geschäftspolitik, ausreichende Kontrollmöglichkeiten, Verzicht auf Gewinnausschüttungen, Verzinsung der Einlagen) erfüllt werden.

Bei dem geplanten Bad-Bank-Konzept soll das Ziel verfolgt werden, die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen nicht zusätzlich zu belasten, sondern eventuelle Verluste sind von den Banken und Aktionären zu tragen.

Steueroasen austrocknen

Steueroasen müssen in internationaler und nationaler Anstrengung ausgetrocknet werden. Durch internationale und nationale Initiativen muss der politische Druck auf Länder erhöht werden, die beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht nicht kooperieren und sich dabei nicht an die internationalen OECD-Standards halten.

Risiko und Haftung müssen enger miteinander verknüpft werden

Die Anreiz- und Vergütungssysteme von Unternehmen sind so zu verändern, dass ein langfristig planendes und nachhaltiges Verhalten belohnt wird. Leistungsabhängige Einkommensbestandteile müssen an den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Arbeitsplätze eines Unternehmens gekoppelt werden. Kurzfristig orientierte Instrumente sind einzuschränken oder zu verbieten. Hierzu gehört auch, dass Manager und Managerinnen stärker für getroffene Fehlentscheidungen persönlich haftbar gemacht werden können.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass die Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank im Nordwesten erhalten bleibt.

Uta Kummer, Ulrike Hiller,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen